

### Antrag

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

#### **Verhandlungsergebnis von Land und Kommunen zum kommunalen Rettungsschirm**

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag Brandenburg hat die Landesregierung in einem Entschließungsantrag (Drucksache 7/1045) zum Brandenburgischen kommunalen Notlagegesetz beauftragt, die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie zu bewerten und dem Landtag Vorschläge zur Unterstützung der Kommunen zu unterbreiten.

Im Ergebnis hat die Landesregierung gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden einen kommunalen Rettungsschirm in Höhe von 580,7 Millionen Euro (auf der Basis der Mai-Steuerschätzung 2020) mit den folgenden Eckpunkten vereinbart:

- Ausgleich kommunaler Mehrausgaben und Einnahmeausfälle durch Nutzung des Ausgleichsfonds nach § 16 FAG in Höhe von 25,9 Millionen Euro, durch einen pauschalen Mehrbelastungsausgleich für Landkreise und kreisfreie Städte in Höhe von 45 Millionen Euro und für kreisangehörige Gemeinden in Höhe von 25 Millionen Euro;
- Übernahme von Mindereinnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich für die Jahre 2020 bis 2021 in Höhe von 212,1 Millionen Euro;
- Ausgleich von 50% der kommunalen Steuermindereinnahmen in 2020 und von 75% in 2021 in einem Volumen von insgesamt 179,5 Millionen Euro;
- Zusätzlich garantierte Vorab-Übernahme des durch den Bund angekündigten Gewerbesteuerenausgleichs von 50% in Höhe von 93,2 Millionen Euro in 2020;
- Die absoluten Beträge des Rettungsschirms werden anhand der vereinbarten Prozentsätze nach der Oktober-Steuerschätzung 2020 angepasst.

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen begrüßt und unterstützt diesen Vorschlag und empfiehlt dem Landtag, diesem Rettungspaket, auch im Hinblick auf die finanziellen Verpflichtungen in den Jahren 2021 und 2022, zuzustimmen.

Begründung:

Die Corona-Pandemie stellt das Land Brandenburg und seine kommunale Familie auch finanziell vor große Herausforderungen. Die Mai-Steuerschätzung hat ergeben, dass dem Land bis 2024 Steuerausfälle von bis zu 3 Milliarden Euro drohen. Auch die Kommunen sind von dieser Entwicklung betroffen. Die Einnahmeausfälle belaufen sich in demselben Zeitraum auf 604 Millionen Euro.

Der Landtag Brandenburg hat sich frühzeitig mit dieser Problematik befasst. Anfang April wurde ein Corona-Rettungsschirm in Höhe von bis zu 2 Milliarden Euro aufgespannt. Die Landesregierung wurde beauftragt, die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie zu bewerten und dem Landtag Vorschläge zur Unterstützung der Kommunen zu unterbreiten. Mit dem vorliegenden Rettungsschirm in Höhe von 580,7 Millionen Euro ist sie diesem Auftrag nachgekommen. Der Landtag Brandenburg begrüßt und unterstützt dieses Rettungspaket. Es gewährleistet, dass die Kommunen in der Lage bleiben, notwendige Investitionen, die für die Wiederankurbelung der Konjunktur notwendig sind, zu leisten und auf die Verhängung von Haushaltssperren weitgehend zu verzichten.

Der von der Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbarte kommunale Rettungsschirm greift nur minimal in das bestehende System kommunaler Finanzbeziehungen ein. Durch eine gemeindescharfe Abrechnung der Steuerausfälle auf der Grundlage der aktuellen Kassenstatistik stellt er sicher, dass die besonders betroffenen Kommunen optimal unterstützt werden. Aufgrund einer Kombination von kurz- und mittelfristigen Maßnahmen, einem hohen Mittelvolumen sowie mehrjährigen Finanzierungszusagen ist der Rettungsschirm eine äußerst robuste Unterstützung für unsere brandenburgischen Kommunen in der Corona-Krise. Zudem wird durch die zusätzlich garantierte Vorab-Übernahme der in Aussicht gestellten Bundeshilfe von 50% der Gewerbesteuer ausfälle gesichert, dass die Hilfen für die Kommunen nicht durch langwierige Abstimmungen auf Bundesebene verzögert werden.

Gerade jetzt braucht Brandenburg Kommunen mit hoher finanzieller Leistungsfähigkeit. Daher ist es richtig, dass die Landesregierung trotz Steuerausfällen allein in 2020 in Höhe von 1,15 Milliarden Euro ein umfangreiches Unterstützungsprogramm für die Kommunen auflegt. Dadurch werden sie in die Lage versetzt, die Folgen der Corona-Krise schnell zu überwinden.